



Blickpunkt Brüssel

Der Newsletter der Bayerischen Vertretung bei der Europäischen Union

Ausgabe 02-10 | Juli 2010

Die Themen in dieser Ausgabe:



>> **EURO-Krise**
Europaministerin Müller
und Theo Waigel ermutigen
zu mehr Zuversicht



>> **Europa-2020-Strategie**
Kultusminister Spaenle:
„Bildung und Begegnung als
Säulen für Europa“



>> **Bayerische Kommunen**
Innenminister Herrmann
fordert mehr Selbstverwaltungsrechte



>> **Hochschulbildung**
Wissenschaftsminister
Heubisch: „Bayerns Partnerschaften
als Erfolgsmodelle“



>> **Milchmarkt**
Landwirtschaftsminister
Brunner macht sich für
Sicherheitsnetz stark



>> **Lissabonvertrag**
EU-Ratspräsident Van
Rompu: „Evolution statt
Revolution“



Bayern in Europa

Emilia Müller
Bayerische
Staatsministerin für
Bundes- und
Europaangelegenheiten

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Belgien hat am 01.07.2010 zum insgesamt zwölften Mal die Ratspräsidentschaft von Spanien übernommen. Der geschäftsführende belgische Regierungschef Yves Leterme bezeichnete als Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die weitere Umsetzung des Lissabon-Vertrages, insbesondere die Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), die Rückkehr zu nachhaltigem Wachstum auf der Basis der G-20-Beschlüsse, den Klimaschutz, den weiteren Ausbau der Innen- und Justizpolitik sowie die Umsetzung der Wachstumsstrategie Europa 2020. Trotz des innenpolitischen Schwebzustandes bei der Bildung einer neuen Regierung geht man in Brüssel von einem reibungslosen Verlauf der Präsidentschaft aus. Es freut mich sehr, dass Belgien als föderal strukturierter Mitgliedstaat seine Regionen und Sprachgemeinschaften sehr stark in die Ratspräsidentschaft einbinden wird. Ihre Vertreter werden den Vorsitz in vielen Ministerräten übernehmen. Somit sorgen die belgischen Regionen und Sprachgemeinschaften für die nötige politische Stabilität und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Ratspräsidentschaft. Ein wichtiges Thema aus bayerischer Sicht wird die anstehende Diskussion um die Zukunft der Regionalpolitik nach 2013 sein, bei der ich mich, auch als neue Vorsitzende der Europaministerkonferenz der deutschen Länder, intensiv für die Erhaltung der Fördermittel für Bayern einsetzen werde.

Ihre Emilia Müller

>> Europaministerin Emilia Müller und Theo Waigel zur EURO-Krise: Zuversicht statt Hysterie!

Für deutlich spürbare Sanktionen gegen hochverschuldete Mitglieder des EURO-Raums sprach sich Bayerns Europaministerin Emilia Müller in Brüssel aus. Dies könnten die Aussetzung von EU-Beihilfen oder auch die Suspendierung von Stimmrechten sein, sagte sie bei einer Vortrags- und Diskussionsrunde mit dem Titel „Die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion: Entstehung, Risiken und Reformbedarf“, die am 02.06.2010 in der Bayerischen Vertretung stattfand.

Als Gäste waren der „Vater des EURO“ Dr. Theo Waigel, EU-Währungskommissar Olli Rehn und EU-Parlamentarier Markus Ferber, der Mitglied des Ausschusses für Wirtschafts- und Währungsfragen im Europäischen Parlament ist, geladen. In ihrem Grußwort plädierte Europaministerin Emilia Müller für deutlich spürbarere Sanktionen: Die Aussetzung von EU-Beihilfen oder auch die Suspendierung von Stimmrechten könnten geeignete Instrumente sein, sagte sie. Der Ehrengast des Abends Theo Waigel gewährte in einer äußerst kurzweiligen Rede einen spannenden Rückblick auf die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, an deren Umsetzung er maßgeblich beteiligt war. Er forderte die Politiker von heute dazu auf, sich für die gemeinsame Währung stark zu machen anstatt Hysterie zu verbreiten. Für die Stabilität des EURO-Raums müsse alles getan und eine konsequente Haushaltskonsolidierungsstrategie gefahren werden, forderte er. Seine Rede schloss er mit den Worten Ernst Jüngers: „Es ist besser in der Zuversicht als in der Furcht zu leben!“ In einer nachfolgenden, vom Leiter des ZDF-Studios Brüssel, Udo van Kampen, mo-



Über 400 Gäste waren gekommen, um die Reden der Europaministerin Emilia Müller und des Finanzministers a.D. Theo Waigel zu hören

derierten Diskussionsrunde unterstrich auch Olli Rehn, dass der EURO eine Erfolgsgeschichte sei. Um diese fortzuschreiben, sei eine koordinierte Wirtschaftspolitik, die Verstärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und eine stärkere Überwachung der Haushalte erforderlich, sagte er. Markus Ferber hob hervor, dass das Budgetrecht der Mitgliedstaaten gewahrt bleiben müsse und daher eine abgestufte Vorgehensweise bei der Haushaltsüberwachung in Abhängigkeit von Schwere und Dauer der Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt notwendig sei. In diesem Zusammenhang sieht Olli Rehn auch die Verbesserung der Finanzmarktregulierung und die Einrichtung von Bankenrettungsfonds, die aus Abgaben der Banken – also nicht aus Steuermitteln – gespeist werden. Als „Elder Statesman“ forderte Theo Waigel von den amtierenden Politikern klar zu machen, dass die kommenden Jahre zwar nicht einfach werden würden, dass die Stabilität des EURO jedoch „im ureigensten nationalen Interesse“ gestemmt werden müsse. <<



Europaministerin Emilia Müller mit den Gästen: Markus Ferber, Olli Rehn, Ehrengast Theo Waigel und Moderator Udo van Kampen (v.l.n.r.)

Multimedia:

Mehr Fotos und ein Video von der Veranstaltung finden Sie auf unserer Website

Zur Fotoreihe

Zum Video

>> Kultusminister Spaenle: Ein lebendiges Europa durch Bildung und Begegnung

„Die Idee eines geeinten Europa ist auf Bildung und Begegnung angewiesen“, erklärte der bayerische Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle anlässlich einer Podiumsdiskussion zum Thema „Mobilität im Bildungsbereich – Ziele für Europa 2020?“ am 01.06.2010.



Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle überreicht die KMK-Erklärung an die EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou

Wer den Einigungsprozess in Europa voranbringen wolle, muss die Mobilität von Lernenden und Lehrenden fördern. Er darf dabei aber den kulturellen Reichtum Europas, die regionalen Besonderheiten und die Vielfalt der Bildungssysteme nicht in Frage stellen. Dies betonte Bayerns Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle, als er der EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou eine entsprechende Erklärung der deutschen Kultusminister überreichte. In dieser Erklärung zur Mobilität im Bildungsbereich in Europa der Kultusministerkonferenz (KMK), deren Vorsitzender Spaenle ist, plädieren die Minister dafür, das europäische Bewusstsein bei jungen Menschen zu stärken, sie von den Vorteilen eines Auslandsaufenthalts zu überzeugen und bestehende Mobilitätshindernisse abzubauen. Mit Blick auf die Europa 2020-Strategie mahnte Spaenle, die Kompetenzverteilung im Bildungsbereich klar zu beachten: „Die Verantwortung, die nationalen Bildungssysteme zu gestalten, liegt ausschließlich und ausnahmslos bei den Mitgliedstaaten“. Kommissarin Vassiliou betonte, dass die nationalen und regionalen Zuständigkeiten im Bildungsbereich auch im Rahmen der Europa 2020-Strategie in vollem Umfang gewahrt werden. In einer anschließenden Podiumsdiskussion erörterten beide gemeinsam mit der Vorsitzenden des Bildungsausschusses im Europaparlament Doris Pack und Professor Ursula Männle, der Berichterstatterin im Ausschuss der Regionen zum Grünbuch Mobilität, im Zusammenhang mit der EU-Initiative „Jugend in Bewegung“ Gestaltungsmöglichkeiten für die nächsten EU-Bildungsprogramme. <<

>> Innenminister Herrmann fordert mehr Handlungsfreiheit für die Kommunen

Die EU solle das im Lissabonvertrag garantierte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen in der Praxis respektieren, forderte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann am 21.06.2010 bei einer Veranstaltung in Brüssel. Zu dieser hatte er gemeinsam mit den Präsidenten der bayerischen kommunalen Spitzenverbände unter dem Titel „Kommunale Selbstverwaltung im Vertrag von Lissabon = Mehr Handlungsfreiheit für die Kommunen?“ in die Bayerische Vertretung geladen. Europäische Qualitätsstandards für die Daseinsvorsorge lehnte Herrmann vor gut 200 Besuchern ebenso ab wie einen möglichen Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zur Vergabe von Konzessionen. Die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Vergaberecht lobte er ausdrücklich. Professor Juliane Kokott, die deutsche Generalanwältin am EuGH, gilt als eine Vorreiterin dieser Entwicklung und konnte von Herrmann exklusiv für die Veranstaltung gewonnen werden. Sie zeichnete die einschlägigen Urteile nach. Der Minister appellierte an die EU-Kommission, die Sparkassen- und Genossenschaftsbanken in Deutschland nicht weiter in Frage zu stellen und kritisierte ein Vertragsverletzungsverfahren gegen so genannte „Einheimischenmodelle“ in bayerischen Gemeinden. Manfred Hölzlein, Präsident des Verbands der bayerischen Bezirke, forderte eine bessere Einbindung bei Konsultationen der EU-Kommission und wandte sich auch gegen besagten Richtlinienvorschlag. Bei einer Podiumsdiskussion unter Leitung des Landtags- und früheren Europaabgeordneten Alexander Radwan forderten die bayerischen Europaabgeordneten Markus Ferber und Nadja Hirsch, sowie die baden-württembergische Abgeordnete Heide Rühle die Kommission auf, entsprechend dem „Rühle-Bericht“ des EU-Parlaments (vom 18.05.2010) auf einen Vorschlag zu Konzessionen zu verzichten. Der Vertreter der Kommission Klaus Wiedner nahm die Forderungen entgegen. Die EU-Parlamentarierin Françoise Castex berichtete über die Arbeit der Intergroup zur Daseinsvorsorge im Europäischen Parlament. Der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Landrat Dr. Jakob Kreidl und der Präsident des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, Bürgermeister Gerhard Preß unterstrichen die kommunalen Positionen. <<



V.l.n.r.:
Dr. Jakob Kreidl,
Gerhard Preß,
Generalanwältin Prof. Juliane Kokott,
Innenminister Herrmann
und Alexander Radwan

>> Bayerns internationale Partnerschaften: Erfolgsmodelle für die Hochschulbildung

Bayerns Internationalitätsbestrebungen bei der Hochschulbildung sind erfolgreich! Dies belegen Partnerschaften im „Elitenetzwerk Bayern“ und dem Exzellenzforschungszentrum „Center of International Healthcare“ an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, sagte Dr. Wolfgang Heubisch, der bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, bei der Eröffnung einer zweitägigen Konferenz in Brüssel.



Wissenschaftsminister Heubisch bei seiner Rede vor internationalem Publikum in der Bayerischen Vertretung in Brüssel

Zu dieser hatten unter dem Titel „Reaching out beyond Europe – EU Programmes for Higher Education and Research“ der Deutsche Akademische Auslandsdienst (DAAD) und die Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen (KoWi) am 22. und 23.04.2010 in die Bayerischen Vertretung eingeladen. Der Einladung waren rund 200 Gäste aus vielen europäischen Ländern, Asien, Afrika und Südamerika gefolgt. Minister Heubisch betonte den hohen Stellenwert der Zusammenarbeit in Zeiten der Wissensexpansion. Der Generalsekretär des DAAD Dr. Christian Bode erklärte im ersten von zwölf Fachvorträgen, dass die Arbeit des DAAD dem Motto „Wandel durch Austausch“ folgen müsse. Eine Voraussetzung für die Zukunft der Europäischen Union sei die Öffnung für Nicht-EU-Länder, betonte er. Die sechs verschiedenen Förderprogramme, zum Beispiel Erasmus Mundus, wurden dem interessierten Publikum in nachfolgenden Vorträgen vorgestellt. Am zweiten Konferenztag wurden Best-Practice-Modelle für die Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern bei Workshops erarbeitet und außerdem Möglichkeiten erörtert, den Informations- und Meinungs austausch zur Optimierung bestehender EU-Förderprogramme zu verbessern. Bei einer Paneldiskussion mit dem Thema „Zukünftige Strategien der internationalen Forschungsförderung“ forderten Vertreter der Europäischen Kommission, die Internationalisierung über die Wissenschaftslandschaft hinaus auch auf Bildungs- und Innovationsträger zu beziehen. Sie kündigten an, dafür auch beim künftigen Forschungs-Rahmen-Programm einzutreten. <<

>> Minister Brunner macht sich für Sicherheitsnetz auf dem Milchmarkt stark

Ein Sicherheitsnetz auf dem Milchmarkt der Zukunft forderte Minister Helmut Brunner bei einer Veranstaltung am 05.05.2010 in der Bayerischen Vertretung in Brüssel. Der bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Milchindustrie-Verband e. V. (MIV) hatten zu dieser mit dem Titel „Milchpolitik: Nach der Krise ist vor der Krise“ geladen.



Minister Brunner spricht vor zahlreichen prominenten Politik-Vertretern

Brunner mahnte an, die Milchkrise hätte deutlich gezeigt, dass liberalisierte Märkte klare Regeln bräuchten. Als wichtige Bausteine für mehr Sicherheit nannte er die öffentliche und private Lagerhaltung von Butter und Magermilchpulver und das Ermöglichen einer steuerlichen Risikorücklage für Landwirte. Dr. Seegers vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten plädierte für eine Beibehaltung der aktuellen Marktinstrumente. Die Milchkrise sei für ihn überwunden, sagte er. Dem stimmte der Generaldirektor für Wirtschaftsfragen der Agrarmärkte in der GD AGRI (Europäische Kommission), Hermanus Versteijlen, weitgehend zu und betonte, dass die vergangenen Reformen die Milcherzeuger wettbewerbsfähiger gemacht hätten. Die Europaparlamentarierin Britta Reimers forderte mehr Freiheiten für die Unternehmer und trat damit entschieden für die Erzeuger ein. Sie bewertete die Forderungen der Industrie nach mehr Transparenz kritisch, da diese die Position der Erzeuger in Verhandlungen schwächen würden. Staatsminister Brunner kündigte an, demnächst eine Gesprächsrunde mit allen Erzeugerorganisationen in Bayern einzuberufen. Diese solle sich mit Vorschlägen und Konzepten für die Ausrichtung der Milchproduktion nach 2015 befassen. Dieses Beispiel eines Runden Tisches in Bayern führt Brunner als gutes Beispiel für Europa an. <<



Stellten sich den Publikumsfragen: Hermanus Versteijlen, Dr. Seegers, Landwirtschaftsminister Brunner, Eckhard Heuser (MIV), Britta Reimers und MIV-Vorsitzender Dr. Engel (v.l.n.r.)

Mehr Fotos der Veranstaltung auf unserer [Website](#)

>> EU-Ratspräsident Van Rompuy zum Lissabonvertrag: Evolution statt Revolution



Angelika Schlunck, die Leiterin der Bayerischen Vertretung in Brüssel, Herman Van Rompuy und Pat Cox (v.l.n.r.)

„Der Lissabonvertrag ist mehr ein Entwicklungsprozess denn eine Revolution.“ Das sagte der EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy, am 25.05.2010 auf einer Veranstaltung in der Bayerischen Vertretung in Brüssel. Das Briefing mit dem Thema „Nach dem Lissabonvertrag – Vom Entwurf zur Anwendung – Was können die Bürger erwarten?“ wurde vom European Movement International (EMI) und der

Vertretung des Freistaats Bayern präsentiert.

Nach Grußworten der Leiterin der Bayerischen Vertretung bei der EU, Dr. Angelika Schlunck, und Pat Cox, dem ehemaligen Präsident des Europaparlaments und jetzigen EMI-Präsident, zog Van Rompuy eine erste, prägnante Bilanz der neuen Lissabonstrukturen: Die Qualität der Zusammenarbeit der politischen Institutionen innerhalb der EU in Bezug auf die Lösung der Griechenland-Krise bewertete er positiv. Es sei dabei erfolgreich Einheit demonstriert worden und dies sei als ein erster Verdienst des neuen Vertragswerks zu bewerten. Der Fall solle als Lehrstück verstanden werden „Krisen schnell zu bewältigen“, betonte er. Bei einer anschließenden, von EMI-Präsident Pat Cox moderierten Fragerunde trat Van Rompuy entschieden gegen Forderungen ein, den Lissabonvertrag zu ändern. In Bezug auf die Finanzkrise äußerte er, dass Währungsstabilität und ein intakter Binnenmarkt die beiden wichtigsten Säulen für einen Weg aus der Krise seien. Nach den möglichen Auswirkungen des Lissabonvertrags gefragt, antwortete er mit einem Zitat des früheren chinesischen Premierministers Zhou Enlai. Als dieser nach seiner Meinung zum Erfolg der Französischen Revolution befragt wurde, sagte er: „Um das zu beantworten, ist es noch viel zu früh“. <<



Hermann Van Rompuy (links) nahm sich Zeit, die Publikumsfragen zum Lissabonvertrag und der Griechenland-Krise zu beantworten, Pat Cox (rechts) moderierte

>> Impressum

Herausgeber:

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union in Brüssel

Rue Wiertz 77
B-1000 Brüssel

Telefon: 0032-2-237.48.11

Telefax: 0032-2-237.49.43

E-Mail: Blickpunkt-Bruessel.Bayerische-Vertretung@stk.bayern.de

Web: www.bayern.de/europa

Inhaltlicher Verantwortlicher:

Dr. Philipp Stiel (V. i. S. d. P.)

Redaktion:

Philipp Bullwein
Dr. Philipp Stiel

>> **Weiterführende Informationen zu allen Themen finden Sie unter www.bayern.de/europa**

>> **Zusätzliche Multimediainhalte wie Foto-reihen und Videos zu einzelnen Veranstaltungen finden Sie dort ebenso wie links zu weiterführenden Informationen**

>> **Lesen Sie außerdem den zweiwöchig erscheinenden Europabericht zu aktuellen europapolitischen Geschehnissen**

>> **Nehmen Sie teil an „Aufbruch Bayern“, der innovativen Bürgerplattform der Bayerischen Staatsregierung**

>> **Anregungen und Kritik bitte per E-Mail an die Redaktion**